



**Referat von Christian Levrat, Ständerat FR, Präsident der SP Schweiz**  
***Discours de Christian Levrat, président du PS Suisse***

*Es gilt das gesprochene Wort.*  
*Seules les paroles prononcées font foi.*

Genossinnen und Genossen,

Ihr erinnert euch, vor gerade mal drei Monaten sind wir zum letzten Mal zusammengekommen, auf einer Brücke in Turgi, gemeinsam mit Martin Schulz. Seither ist viel passiert: Wir haben uns gegen den drohenden Rechtsrutsch gewehrt, wir haben unsere Wählerinnen und Wähler mobilisiert um unser Bild einer offenen, solidarischen und gerechten Schweiz zu verteidigen. Wir haben eine starke Kampagne geführt, waren in Hunderten von Städten und Tausenden von Gemeinden präsent. Wir haben mit 100'000 Personen am Telefon gesprochen, um sie davon zu überzeugen, zu wählen – und wenn möglich uns zu wählen...

Wir haben zig Diskussionen geführt und waren Abend für Abend auf Podien. Was mich betrifft: Ich war von Mitte August bis Anfang November auf 72 Veranstaltungen, zum Teil mehrere pro Tag. Wobei das Schicksal es dieses Mal auch sehr gut gemeint hat mit mir: Ich durfte nämlich in meinem Kanton sogar zweimal gegen zwei verschiedene SVP-Kandidaten antreten, quasi im Hin- und Rückspiel. Besonders das Rückspiel, also der 2. Wahlgang der Ständeratswahlen, hat mir gefallen. Ich durfte nämlich Jean-François Rime schlagen, den Präsidenten des Gewerbeverbandes.

Genossinnen und Genossen,

Danke, danke und nochmals danke für euer Engagement! In dieser Kampagne haben wir Neuland betreten, um mit den Wählerinnen und Wählern direkt ins Gespräch zu kommen. Die gross angelegte Basiskampagne war nur möglich dank euch allen und sie hat mich stolz gemacht. Diese Kampagne hat eine riesige Gruppe von engagierten Mitgliedern hervorgebracht. Sie hat uns gezeigt, dass die traditionellen Mittel – Standaktionen, Strassenwahlkampf, Inserate, Plakate – wichtig bleiben, aber dass sie allein nicht mehr ausreichen.

Wir müssen direkter auf die Menschen zugehen, mit ihnen in Kontakt treten, am Telefon, in den sozialen Netzwerken, oder in dem wir von Tür zu Tür gehen. Die anderen Parteien, die keine starke Basis haben wie wir, versuchen das als Kampagne „à l'américaine“ abzutun. Für uns jedoch ist es eine Rückkehr zu unseren Wurzeln. Zu einer Zeit, als ein feines Netz unsere Wählerschaft zusammenhielt, von Gemeinde zu Gemeinde, von Quartier zu Quartier, von Strasse zu Strasse. Dank diesem Netz war die SP tief und fest in der täglichen Realität ihrer Wählerinnen und Wähler verankert. Dorthin müssen wir zurück! Und zwar nicht, um in Nostalgie zu schwelgen, sondern um unsere Bewegung wieder im Herzen der Gesellschaft zu installieren.

**Politik braucht eine transparente Finanzierung**

Diese Kampagne war ein Schritt in diese Richtung. Aber das Engagement unserer Basis, die Mobilisierung der SP-Sympathisanten, der Erfolg unserer Telefonaktion – all das reicht nicht

aus, um die ungleiche Verteilung der Mittel zwischen den politischen Kräften zu kompensieren. Natürlich ist Geld nicht alles. Natürlich sind wir uns schon sehr lange gewohnt, dass die anderen viel mehr Geld zur Verfügung haben. Und es ist auch klar, dass die Menschen nicht immer positiv reagieren, wenn sie mit millionenschweren Werbekampagnen zugedeckt werden.

Aber wenn FDP und SVP je 10 Mal mehr Geld in ihre Kampagne stecken können als die SP, dann wirft das Fragen auf. Und das Ganze wird erst recht unerträglich, wenn man daran denkt, dass die Herkunft des Geldes unbekannt bleibt. Die Schweiz ist die einzige westliche Demokratie, die weder eine Beschränkung der Wahlkampfbudgets, noch eine Regelung der Parteienfinanzierung, ja noch nicht einmal minimalste Transparenzvorschriften, kennt.

Damit muss Schluss sein! Unser System provoziert geradezu dubiose Machenschaften. Im Laufe der Monate und Jahre erfahren wir dann, wer die Geldgeber unserer politischen Gegner sind. Ein Steuergeschenk hier, ein paar politische Zugeständnisse dort... das ist höchst bedenklich und unserer Demokratie unwürdig. Die regelmässige und scharfe Rüge des Europarats ist Parlament und Bundesrat egal. Das muss aufhören. Wir müssen endlich klare Regeln aufstellen, wie die politischen Parteien finanziert werden. Wir müssen die Waage wieder ins Gleichgewicht bringen.

Die Transparenz-Initiative, die wir euch heute zur Lancierung vorschlagen, wird den Druck auf jene Unternehmen erhöhen, welche die bürgerlichen Parteien finanzieren. Sie müssen die Karten auf den Tisch legen. Sie müssen sagen, wer von der Grosszügigkeit unserer Banken, unserer Versicherungen oder unserer Airlines profitiert. Die zwölf Jahre im Bundeshaus haben mich eines gelehrt: Es gibt keine Gratis-Geschenke. Es wird immer eine Gegenleistung erwartet. Und dagegen gibt es nur ein Mittel und das ist die Transparenz.

## **Eine unverdiente Nicht-Wiederwahl**

Genossinnen und Genossen,

Man kann das Resultat der Wahlen auf zwei Arten anschauen. Schauen wir zuerst einmal das Ergebnis der SP an.

Dann müssen wir ehrlich zugeben, dass wir unser Ziel – nämlich einen Wähleranteil von 20 Prozent – nicht erreicht haben.

Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass wir gerade in jenen Kantonen verloren haben, in denen wir sehr stark waren, in denen wir 2011 grosse Siege erzielt haben – im Kanton Waadt, in Fribourg, im Wallis. Der positive Effekt von Pierre-Yves Maillard, Alain Berset und Stéphane Rossini, die vor vier Jahren allesamt Kandidaten für die Nachfolge von Micheline Calmy-Rey im Bundesrat waren, ist verpufft. Trotzdem bleiben wir objektiv auf hohem Niveau. Wenn wir 2011 ausnehmen, haben wir in der Waadt oder in Fribourg das beste Ergebnis seit Ende der 70er Jahre erzielt.

Was erfreulich ist: Wir konnten zulegen, zum Teil sehr stark, in den Städten. In den acht grössten Städten des Landes ist die SP im Schnitt fast bei 30 Prozent. Wir haben mehr als 2 Prozentpunkte (und zwei Sitze) gewonnen in Zürich; sogar 4 Prozentpunkte in Basel-Stadt.

Wir haben in Graubünden ein sehr gutes Ergebnis erzielt und in Luzern das beste Ergebnis der Geschichte nur ganz knapp verpasst.

Leider suchen wir noch immer nach frischem Wind in den Agglomerationen und auf dem Land. Die Nicht-Wiederwahl von Andy Tschümperlin, unserem Fraktionschef, hat das auf ganz bittere Weise gezeigt. Ich will euch sagen – und vor allem will ich es Andy sagen und habe es ihm schon gesagt –, dass ich seine Nicht-Wiederwahl für völlig unverdient halte. Sie ist geradezu skandalös ungerecht, wenn wir schauen, was er in Bern alles geleistet hat. Sein Kanton bringt sich selbst um eine gewichtige Stimme. Einer der wenigen Parlamentarier, der eine Brücke zwischen der Zentralschweiz und Bundesbern schlagen konnte. Einer der wenigen Politiker, der seiner Region in Bern ein anderes Gesicht gegeben hat als all diese stockkonservativen SVPler, von denen immer mehr nach Bern geschickt werden. Andy, danke für alles, was du für uns getan hast. Und wir sind uns sicher, dass du das nicht nur wegstecken wirst, sondern dass du eines Tages zu uns nach Bern zurückkehren wirst.

Unter dem Strich haben uns diese grossen kantonalen Unterschiede und dieser Stadt-Land-Graben einen Zuwachs von mageren 0,1 Prozent gebracht. Und den Verlust von drei Sitzen im Nationalrat mit sich gezogen. Aber wir sollten uns nicht allzu sehr über Proporzpech beklagen, denn 2011 war es genau umgekehrt: Wir haben 0,7 Prozent verloren, aber vier Sitze im gewonnen.

### **Ständerat: Bestes Ergebnis der Geschichte**

Ich möchte aber noch kurz einen Blick auf den Ständerat werfen. Fakt ist: Wir haben das beste Ergebnis in der Geschichte der SP Schweiz erzielt! 1991 hatten wir 3 Sitze, heute sind es 12. Alle Bisherigen wurden wiedergewählt. Die einen brillant im ersten Wahlgang. Die anderen nach zweiten Wahlgängen, die es uns erlaubt haben, die Verhältnisse wieder gerade zu rücken.

Denn nach dem SVP-Erfolg vom 18. Oktober haben die Medien spekuliert: Die Wiederwahl von Paul Rechsteiner in St. Gallen, die von Roberto Zanetti in Solothurn oder auch meine Wiederwahl seien gefährdet. Das Duell lautete drei Mal SP gegen SVP. Und wir haben drei Mal ganz klar gewonnen! Das ist der Beweis: Wenn es darum geht, die Interessen der Bevölkerung zu verteidigen; ein Gleichgewicht zum Wohle des Landes zu finden; Persönlichkeiten zu wählen, die für ihren Kanton stehen – dann wählen die Menschen SP und nicht SVP.

Zu dieser Bestätigung der Bisherigen kommt der klare Sieg von Daniel Jositsch, der mit einem brillanten Ergebnis einen Zürcher Ständeratssitz für die SP holen konnte. Dieser Ständerat wird in der neuen Legislatur mehr denn je seine Rolle als Gegengewicht spielen müssen und die rechte Schiefelage des Nationalrats korrigieren.

Und das bringt mich zum zweiten Punkt dieser Rückschau auf die Wahlen und ihre Folgen: Wir haben davor gewarnt, dass eine Stärkung der Rechten die Rentenreform gefährdet und die Energiewende vor eine ungewisse Zukunft stellt; dass es zu massiven Kürzungen beim Service public oder bei der Entwicklungshilfe kommt; dass es unsere Beziehungen zur EU stark belastet; und dass es die Türen für eine Mehrheit von FDP und SVP im Bundesrat öffnet. Und genau da stehen wir jetzt.

Die ökologischen Parteien sind geschwächt. Die Mitte ist in sich zusammengebrochen. Wir sind stabil geblieben, mehr aber auch nicht. Doch angesichts der politischen Grosswetterlage, die durch Asylhysterie und Angst dominiert war, ist das schon eine starke Leistung. Vor allem wenn wir die mageren Resultate unserer europäischen Schwesterparteien anschauen. Doch die Realität ist zwar schmerzhaft, aber leider nicht zu ändern: Die Rechte hat eine Mehrheit im Nationalrat.

### **Wirtschaftsverbände spielen ein gefährliches Spiel**

Die Wirtschaft unterwirft sich schon der SVP. Zum Beispiel die Direktorin von Economiesuisse. „Das Resultat ist für die Wirtschaft vielversprechend“, lautete ihr Kommentar am Wahlabend. Und Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt eilte von Mikro zu Mikro um zu erklären, warum jetzt unbedingt ein zweiter SVP-Bundesrat her müsse. Und was den Gewerbeverband angeht: Der wird sowieso schon von meinem guten SVP-Freund Jean-François Rime präsidiert und geführt von einem Blocher-Anhänger, der irgendwie in der FDP gelandet ist. Er war auch schon Thema bei uns, wir haben ihm den goldenen Pinocchio geschickt.

Diese Neuorientierung der Wirtschaft und der Wirtschaftsverbände zeigte sich ganz deutlich in den letzten Wochen, als Economiesuisse alles unternommen hat, um die Masseneinwanderungs-Initiative so umzusetzen, dass die SVP zufrieden ist. Die Unternehmen beklagen sich zwar über Unsicherheit und stellen Investitionen zurück. Sie wollen vom Bundesrat, dass er unbedingt die Bilateralen rettet. Sie wollen neue Zugänge zu den europäischen Märkten – zum Beispiel bei den Finanzdienstleistungen. Und trotzdem verbünden sie sich mit der SVP, um eine einseitige Schutzklausel einzuführen. Um damit eine Einigung mit der EU bei den offenen institutionellen Fragen auf immer und ewig hinauszuschieben. Um jegliche Vertiefung unserer Beziehungen zur EU zu verhindern.

Economiesuisse müsste die Stimme unserer Firmen und Unternehmen sein. Aber sie ist es nicht mehr: Sie ist ideologisiert und fasziniert von der SVP. Darum legt sich Economiesuisse lieber mit Rechtsaussen ins Lotterbett anstatt mit der Linken konstruktive Lösungen zu suchen, um unser Verhältnis zur EU mit einer Stärkung der flankierenden Massnahmen auf Dauer zu stabilisieren.

Es ist ein gefährliches Spiel. Zuerst einmal, weil man der SVP nicht trauen darf: 1992 hat sie die Bilateralen als Alternative zum EWR gefordert, 1999 hat sie die Bilateralen I unterstützt, nur um danach Schengen/Dublin und die Personenfreizügigkeit zu bekämpfen. Heute stellt sie sich gegen neue institutionelle Abkommen. Die SVP tut so, als würde sie mit der Wirtschaft zusammen die Initiative umsetzen. Aber in Wirklichkeit will sie nur eines: Verhindern, dass die Mitte auch nur das geringste Zugeständnis nach links macht, was die flankierenden Massnahmen anbelangt. Die SVP macht vorübergehend auf vernünftig und kompromissbereit. Aber wenn es darum geht, eine Umsetzung ohne Kontingente und ohne flankierende Massnahmen zu verteidigen, wird sie den Bundesrat im Stich lassen.

Lasst mich eines klarstellen: Die SP wird nicht die Rolle des nützlichen Idioten spielen. Sie wird eine Lösung nur dann unterstützen, wenn diese Lösung garantiert, dass jeder und jede in diesem Land von der Personenfreizügigkeit profitiert; wenn Löhne und Jobs besser geschützt werden; wenn diese Lösung unsere Beziehungen zur EU auf ein stabiles und dauerhaftes Fundament stellt; und wenn sie eine weitere Etappe der Integration der Schweiz in

Europa darstellt. Wir unterstützen kein Gebastel, keine unsichere Pseudo-Lösung, die nichts anderes bezweckt, als die Nationalisten zufriedenzustellen.

### ***Une élection sans enthousiasme***

*Chères et chers camarades,*

*Cette droitisation de la politique suisse se fait sentir bien évidemment dans les élections au Conseil fédéral. Vous connaissez notre position : nous sommes d'avis que le Conseil fédéral fonctionnait mieux depuis 2007 que durant la législature précédente. Pas parce qu'il était de centre gauche. Il était resté évidemment ancré à droite, même s'il prenait de temps à autre une décision plus raisonnable, par exemple en matière d'énergie, de secret bancaire ou de retraite. Mais bien parce qu'il intégrait les grandes forces politiques, de manière constructive et collégiale.*

*L'éviction de Blocher en 2007 a permis de restaurer la sérénité. Eveline Widmer-Schlumpf a fait du bon travail comme ministre des finances, et je voudrais ici, au nom du Parti socialiste, la remercier. Nous avons été souvent opposés, de l'imposition des successions aux programmes d'économies budgétaires ; mais elle était une adversaire politique correcte, ouverte et factuelle.*

*Nous aurions souhaité qu'elle poursuive son activité. Elle en a décidé autrement, dont acte. S'agissant de sa succession, nous avons tenté de convaincre les partis du centre, minoritaires au Conseil national, mais majoritaires avec nous à l'Assemblée fédérale grâce au Conseil des États, de présenter une candidature propre. Ils n'entendent pas le faire. Trop nombreux sont ceux qui dans leur rang éprouvent une forme de fascination morbide pour le succès de l'UDC, ou vénèrent une approche strictement mathématique de la formule magique. Une approche qui n'a jamais existé sous cette forme. Il suffit pour s'en convaincre de rappeler les efforts exigés du Parti socialiste pour intégrer le Conseil fédéral en 1937, notamment avec l'abandon de l'objectif révolutionnaire et avec la reconnaissance de la défense nationale.*

*Avec l'UDC, la situation est totalement inverse. Le parti qu'il s'agirait d'intégrer au Conseil fédéral a radicalisé ses positions au cours des dernières années. Il s'est éloigné du consensus national. Un de ses candidats – Guy Parmelin – l'avoue d'ailleurs avec la naïveté bonhomme qui le caractérise : ses positions se sont « droitisées » au cours des dernières législatures. Est-ce que vous imaginez un candidat socialiste au Conseil fédéral expliquer, à quatre jours de l'élection, que ses positions se seraient « gauchisées », et que de ce fait il serait le candidat idéal ?*

*Economiesuisse nous explique qu'il faut retourner à la législature 2003 – 2007. Mais alors plutôt deux fois qu'une. Nous devrions ainsi élire le fils spirituel de Christophe Blocher et d'Hans-Rudolf Merz réunis. Aussi carré et nationaliste que le premier, auquel le relie semble-t-il un véritable téléphone rouge ; et sans expérience concrète, consultant en entreprise comme le second. L'un a fait la preuve au Conseil fédéral qu'il était incapable de s'intégrer dans un collège, et il a démontré qu'un chef d'entreprise n'était pas forcément un magistrat respecté, l'autre nous a coûté près de dix milliards en cadeaux fiscaux attribués aux managers et actionnaires, au prix d'un mensonge constaté très officiellement par le Tribunal fédé-*

*ral. Il a géré également avec un tact diplomatique saisissant la crise libyenne. Avec des pairs de cet acabit, notre collègue Aeschi a visiblement tout ce qu'il faut pour réussir comme conseiller fédéral...*

*Alors bon, me direz-vous, il nous reste le troisième. Ça, c'est encore plus spectaculaire. Après nous avoir expliqué que le petit PBD ne saurait avoir droit à une conseillère fédérale, la direction blochérienne du premier parti de Suisse nous exhibe la minuscule Lega. Donc le PBD et ses sept parlementaires fédéraux, ses 77 député-e-s, ses quatre conseiller-ère-s d'État, ses 17 sections cantonales, Non. Mais la « Lega dei Ticinesi », Si. C'est un bon début.*

*S'y ajoutent les méthodes et la nature du parti de Norman Gobbi. Lui semble avoir déjà à titre personnel un bilan des plus intéressants : injures racistes, appel à la haine, provocation à répétition. Tous ces éléments sur lesquels notre Groupe aux Chambres fédérales se réjouit d'entendre les réponses qu'il aura à nous apporter mardi prochain. Tout comme sur le dénigrement systématique de ses adversaires par la Lega, le climat de peur qu'essaie d'installer ce mouvement sur le Tessin.*

*Vous comprendrez bien que nous ne soyons pas plus enthousiastes que cela fasse à cette élection au Conseil fédéral. Nous avons tout fait pour empêcher la droitisation du parlement. Nous avons une majorité UDC – PLR au Conseil national. Nous espérons Widmer-Schlumpf ; il n'en a rien été. Nous avons sollicité une candidature des partis du centre ; ils ne sont pas prêts. Nous avons espéré des personnalités d'un calibre minimum, fussent-elles UDC ; nous avons Gobbi, Aeschi et Parmelin. Nous allons faire au mieux, dans le choix des possibles.*

Aber damit können wir nicht verhindern, dass uns eine kämpferische Legislatur erwartet. Eine Legislatur, in welcher die Gefahr eines Abbaus unserer sozialen Errungenschaften omnipräsent ist. Eine Legislatur, in welcher die Rechte ständig versuchen wird, ihre Geldgeber zufrieden zu stellen, von Steuerreform zu Steuerreform. Eine Legislatur, in welcher die SP ihre Referendumsfähigkeit beweisen muss.

Ich weiss, dass ich auf euch zählen kann in diesem Kampf, auf euer Engagement, auf eure Courage. Das wird auch nötig sein. Aber wir müssen auf jeden Fall auch unsere Mobilisierungsfähigkeit weiter verbessern, unsere Partei noch schlagkräftiger machen. Wir haben darum beschlossen, einen Teil des Parteitages im nächsten Herbst darauf zu verwenden, unsere Statuten und unsere Strukturen tiefgreifend zu ändern. Es geht vor allem darum, mehr finanzielle Mittel und mehr Energie für die politische Arbeit einzusetzen, uns so aufzustellen, dass wir neue Mitglieder gewinnen können, damit wir in den Agglomerationen stärker werden. Es geht darum, Synergien zu aktivieren, die heute zu wenig genutzt werden, zwischen den Kantonalparteien und dem Zentralsekretariat. Diese Arbeit ist dringend, wenn wir nicht nur unsere Schlagkraft nach aussen verbessern, sondern auch unsere inneren Strukturen wiederbeleben wollen.

## **Wir brauchen beides, Sicherheit und Freiheit**

Genossinnen und Genossen,

wir werden nachher über die Internetpolitik sprechen. Wir sind die erste Partei, die sich auf dieses Feld begibt. Und das ist sehr gut! Wir werden auch Position beziehen zum Referen-

dum gegen das Nachrichtendienstgesetz. Man darf in diesem Geschäft verschiedene Positionen haben und wir werden kontradiktorisch darüber diskutieren und am Schluss eine Position festlegen. In diesen Debatten zeigt sich die Reife der SP.

Allerdings, und zwar egal wie die Position des einen oder der anderen zum Gesetz selbst sind, findet diese Debatte in einem heiklen Kontext statt. Manche Kreise haben die terroristischen Attentate in Paris dazu verwendet, um im Nachhinein die Verschärfung der Überwachung zu rechtfertigen. Natürlich ist es richtig, um die Opfer von Paris, Beirut oder Bamako zu trauern. Natürlich ist es naheliegend, polizeiliche und militärische Mittel aufzubieten, um die Terroristen des IS zu bekämpfen. Wahrscheinlich war es nicht einmal unvernünftig, in Frankreich den Ausnahmezustand zu verhängen und die persönlichen Freiheiten zeitweise einzuschränken.

Aber, Genossinnen und Genossen, braucht es diese verbalen Entgleisungen? Warum diese Kriegshetze? Warum die Leute glauben lassen, dass eine Militäroperation in Syrien jedes politische Projekt überflüssig macht? Die Waffen und Sicherheitsmassnahmen allein bringen keinerlei Fortschritt. Sie sind vielleicht notwendig, aber sicher nicht ausreichend. Sie müssen einem politischen Projekt dienen, in Syrien genauso wie hier. Und dieses Projekt kann nur heissen: Ein friedliches Zusammenleben, Respekt vor religiösen Minderheiten, Glaubensfreiheit, und die Verteidigung unserer Freiheiten.

Wir sollten Angst haben vor sicherheitspolitischen Exzessen, die in der Schweiz wie auch anderswo die politische Debatte für die nächsten Jahre zu bestimmen drohen. Wir können nicht zwischen Sicherheit und Freiheit wählen, wir müssen das eine wie das andere verteidigen.

Ich bin überzeugt, dass ein grosser Teil der aktuellen Probleme aus der amerikanischen Invasion im Irak her stammt. Damals fehlte jede politische Strategie zur Beendigung und Bewältigung der Krise. Darum lohnt es sich heute, den Worten eines Rechtspolitikers, der sich gegen die neokonservativen Abenteuer der USA gewehrt hatte, zuzuhören. Es ist der ehemalige französische Premier Dominique de Villepin, deshalb zitiere ich auf Französisch:

*« Méfions-nous de l'état d'urgence permanent et de la surenchère sécuritaire qui, je le crains, va dominer notre vie politique pour plusieurs années. On voudra toujours plus de fermeté vis-à-vis des étrangers et on n'obtiendra que le ressentiment. On voudra, de façon préventive, une lutte de plus en plus dure contre la délinquance, notamment dans les banlieues, et on obtiendra la criminalisation d'une frange de la société et l'incitation à la radicalisation. On voudra le contrôle accru de l'expression des religions et on n'obtiendra que la radicalisation de l'islam des caves. Bref, nous serons un pas plus proche de la guerre civile. Et nous aurons renié les libertés mêmes que les terroristes ont voulu attaquer. »*

*Il est évidemment original de citer ici un ancien ministre de Jacques Chirac. Mais il fait partie de ces voix qui, au risque de se faire traiter de naïfs, mettent en garde contre le populisme du temps. Qui disent, avec Matteo Renzi, que la réponse sécuritaire seule est insuffisante. Que nous avons besoin de paroles de réconfort. Que le rôle du politique c'est de mettre en évidence ce qui nous réunit : la culture, la beauté, le respect de l'autre. Pourquoi donc les gouvernements européens n'ont-ils plus la force de Jens Stoltenberg, le premier ministre norvégien au lendemain des attentats d'Utoya d'en appeler à la démocratie, à l'ouverture et à*

*la tolérance pour répondre à la terreur. Et qu'on ne vienne pas me dire que c'était la naïveté d'un jeune perdreau : Stoltenberg est aujourd'hui secrétaire général de l'OTAN.*

*Voyez-vous, on peut penser qu'il est nécessaire de renforcer les mesures de sécurité. C'est l'enjeu de notre débat sur le renseignement. Mais on ne peut pas considérer qu'elles suffiront à endiguer le terrorisme et à résoudre les tensions culturelles et religieuses auxquelles nous sommes confrontés. Le rôle des socialistes n'est pas d'emboucher des trompettes guerrières, de faire échos aux « applaudissements imbéciles et aux huées fanatiques », comme le disait Jaurès. Ni en Suisse, ni ailleurs en Europe.*